

II-1456 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 9. Juli 1971

No. 777/7

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. HALDER

und Genossen

an den Bundesminister für Soziale Verwaltung

betreffend Verwirklichung der Vorschläge der Verwaltungsreformkommission.

Die Verwaltungsreformkommission hat in ihrem Bericht an die Bundesregierung vom Dezember 1970, den die Bundesregierung am 23. April 1971 dem Nationalrat zugeleitet hat, folgende Vorschläge zur Reform der Verwaltung in ihrem Ressortbereich erstattet:

Neukodifikation des Arbeitsrechtes.  
Adaptierung des Sozialrechtes für Computerbearbeitung.

Zusammenlegung der Landesarbeitsämter (jeweils für mehrere Bundesländer).

Zusammenlegung der Landesinvalidenämter (nach dem Beispiel Wien—Niederösterreich—Burgenland).

Weitere Reduzierung der Zahl der Arbeitsämter und der Zahl der Zweigstellen.

Umwandlung der noch bestehenden Facharbeitsämter in örtliche Arbeitsämter.

Vorarbeiten für eine grundlegende Reform der Sozialbehördenstruktur mit dem Ziele einer Konzentration (Zusammenfassung von Arbeits- und Invalidenämtern und sonstigen auf dem Sozialgebiet tätigen Sonderbehörden).

Zusammenfassung der Buchhaltungs- und Kassengeschäfte der nachgeordneten Dienststellen bei den Buchhaltungen der Landesinvalidenämter.

Angliederung der bundesstaatlichen Prothesenwerkstätten an das Forschungsinstitut für Orthopädie-Technik.

Vereinheitlichung der Leistungsauszahlungen (zur Zeit zersplittert zwischen Arbeitsämtern, Finanzämtern und Magistrat).

Bereinigung der Zersplitterung einzelner Spezialleistungen (Überbrückungs- und Karezurzahshilfen, die in dieser Form kaum beansprucht werden; 40 verschiedene Notstandshilfen).

-2-

Entfertigung von Müttern aus der Arbeitslosenversicherung, damit Wegfall der Kontrollmeldungen, Entlastung des Parteienverkehrs, Wegfall der „Arbeitslosenfahrscheine“.

Entlastung von Aufgaben, für die keine gesetzliche Verpflichtung besteht (z. B. Pensionsvorschüsse, vgl. 2,2. und 5,1.).

An Sofortmaßnahmen werden vorgeschlagen:

Vereinfachung der Auszahlung bei einer Reihe von Sozialleistungen (siehe Punkt 13,2. dieses Berichtes).

Die Bundesregierung hat laut Pressemeldungen zum Ausdruck gebracht, daß sie sich nicht in allen Belangen mit den Vorschlägen der Verwaltungsreformkommission identifiziere, sondern daß sie dem Nationalrat ihre eigenen Vorschläge erstatten werde.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen in diesem Zusammenhang folgende

A n f r a g e :

- 1) Mit welchen der vorerwähnten Vorschlägen der Verwaltungsreformkommission stimmen Sie überein?
- 2) Mit welchen Vorschlägen stimmen Sie nicht überein?
- 3) Wann werden Sie dem Nationalrat konkrete Maßnahmen in jenen Belangen vorschlagen, in denen Sie mit der Verwaltungsreformkommission übereinstimmen?
- 4) Welche anderen Vorstellungen haben Sie im einzelnen zu jenen Vorschlägen der Verwaltungsreformkommission, mit denen Sie nicht übereinstimmen?
- 5) Wann werden Sie solche konkrete Vorschläge dem Nationalrat vorlegen?